

Mein Name ist Wolfgang Reichert. Mein Name und der Beitrag sollen veröffentlicht werden.

Sehr geehrte Anwesende, <sup>Zürger</sup> ~~SO~~ und MA der Stadtverwaltung  
noch einmal zum Thema Volksbegehren zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge für die sogenannten „Sandpisten“ im Land Brandenburg:

Das Volksbegehren wurde vom Landeswahlleiter organisiert. Es unterscheidet sich aber entscheidend von einer anderen Wahl darin, dass die Wahlberechtigten keine schriftliche Mitteilung darüber erhalten. Wenn sie nicht durch Presse, TV oder andere Werbung darauf aufmerksam gemacht werden können, entgeht Ihnen die Möglichkeit, selbst eine Entscheidung für oder dagegen zu treffen.

**Der Grund:** Weil sie es schlicht nicht wissen, dass etwas läuft, was auch sie betreffen könnte.

In Werneuchen erschien eine Sonderausgabe des Amtsblattes mit allen notwendigen Informationen darüber, verteilt durch die Deutsche Post an jeden Haushalt.

Zusätzlich hängen diese Informationen in den Informationstafeln der Stadt. Das hat aber offenbar nur wenige Wahlberechtigte wirkungsvoll erreicht.

Es wurden auch 18 Plakate an Laternen mit Kabelbindern im gesamten Werneuchener Gebiet mit seinen Ortteilen aufgehängt, die auf dieses Thema aufmerksam machen. Leider sind davon 4 Plakate oder 20% im Zeitraum Dezember 2021 bis Anfang Januar 2022 verschwunden, davon eins in Weesow, die drei anderen im Stadtgebiet Werneuchen.

Das war kein Vandalismus oder starker Wind. Die Plakate wurden fein säuberlich, ohne irgendwelche Reste zu hinterlassen, abmontiert. Das gab es meines Wissens nach bisher bei keiner Wahl in Werneuchen und stellt einen erheblichen Eingriff in die demokratischen Regeln unseres Zusammenlebens dar.

Derjenige oder diejenigen, die das zu verantworten haben, handelten offenbar aus niederem politischem Grund als militante Antidemokraten, die außer ihrer eigenen Meinung keine anderen Meinungen akzeptieren wollen. Man kann in unserer Demokratie sachliche Meinungen äußern, aber man muss auch zulassen, dass andere die Freiheit haben, ihre zu äußern. Und wenn jemand meint, das Recht der anderen auf ihre Selbstbestimmung durch Sachbeschädigung verhindern zu dürfen, ist das falsch. Das steht in unserem Land unter Strafe. Deshalb beschäftigt sich jetzt die Brandenburger Polizei damit.

**Meine Frage:** Kann jemand aus dem ~~politischen Raum~~ hier im Saal sachdienliche Hinweise zu diesem Vorgang geben?

Wenn ja, dann bitte die Polizeistelle in Werneuchen, Herrn Opitz oder Frau Rex-Thon oder die Polizei-Kollegen in Bernau verständigen.

Danke für die Aufmerksamkeit!